

Trotz negativer Schlagzeilen: Die Menschenrechtsarbeit muss gerade jetzt fortgesetzt werden



Seit 2008 gab es auf den Philippinen durchaus Fortschritte hinsichtlich des Menschenrechtsschutzes. Dennoch bleibt die weitere Entwicklung der Menschenrechtssituation, auch mit Blick auf den neu gewählten Präsidenten, in den kommenden Jahren eine große Herausforderung für das Land.

HERAUSFORDERUNGEN

Willkürliche Verhaftungen, Tötungen, Folter und das Wegsperrn von Journalisten durch Sicherheitskräfte waren die Worte, mit denen die UN im Jahr 2008 die katastrophale



Workshop mit Vertretern der Sicherheitskräfte, Zivilgesellschaft, Gemeinschaften und Menschenrechtskommission

Menschenrechtslage auf den Philippinen beschrieb. Seitdem hatte sich einiges getan. Trotzdem gibt die aktuelle Menschenrechtsentwicklung Anlass zur Sorge. Über 6.000 Menschen wurden im zweiten Halbjahr 2016 im Rahmen des Kampfs der neugewählten Regierung gegen den Drogenhandel und -konsum hingerichtet; um die 2.000 Menschen hierbei während Polizeioperationen getötet.

Die internationale Gemeinschaft und Menschenrechtsorganisationen sehen diese Entwicklung mit wachsender Sorge. Erschwerend kommt hinzu, dass der Präsident zu dieser Art

der Selbstjustiz gegen das Drogenmilieu gerade zu aufruft. Nichtsdestotrotz, und dies darf nicht übersehen werden, hat die Regierung bei diesem harten Vorgehen weiterhin die Unterstützung der Bevölkerung.

Doch nicht nur von staatlicher Seite, sondern auch durch nichtstaatliche Akteure gibt es Menschenrechtsverletzungen: Sei es durch Privatpersonen, den Arbeitgeber oder auch internationale Konzerne. Gerade auf den Philippinen, mit einem Überangebot an Arbeitskräften, der herrschenden Armut und der daraus resultierenden Übermacht der **Beraubt von Menschenrechten werden die Menschen auf den Status von Tieren reduziert. Sie werden zu Lastenträgern der Wohlhabenden, Dienern der Mächtigen oder Robotern ihrer wohlhabenden Herren. Anerkannt und respektiert jedoch, werden Menschenrechte zum großen Gleichmacher der Völker.**

Aquilino Q. Pimentel, ehemaliger Senator und Senatspräsident

Unternehmen, werden die Menschenrechte im Arbeitsalltag häufig ignoriert. Insofern stellt die Entwicklung der Menschenrechtssituation im Land in den kommenden Jahren eine gewaltige Herausforderung für Regierung, Staat, Zivilgesellschaft, Polizei und Justiz dar. Denn letztendlich ist es

Aufgabe aller Akteure in einem demokratischen Staat, sich für den Schutz der Menschenrechte und somit Rechtsstaatlichkeit zu engagieren – dieser kann nicht von einer einzigen Person abhängen.

LÖSUNGSANSÄTZE

Menschenrechtskonflikte können vor allem in Zusammenarbeit mit allen Stakeholdern gelöst werden. Hierzu ist ein gemeinsamer Dialog notwendig. Bereits seit 2008 arbeitet die HSS erfolgreich an der Schaffung der Grundlagen für einen lokalen Dialog zwischen Zivilgesellschaft, den lokalen, staatlichen Behörden, der Menschenrechtskommission, den Sicherheitskräften (Polizei und Militär) und zukünftig Unternehmen hinsichtlich der Menschenrechtssituation und –verletzungen in den jeweiligen Regionen. Dieser Dialog beinhaltet in Zukunft auch Menschenrechtsverletzungen, die aufgrund wirtschaftlicher Interessen begangen und bei denen Sicherheitskräfte als Instrumente der Wirtschaft missbraucht wurden. Vor diesem Hintergrund wird seit dem Jahr 2017 auch die Menschenrechtskommission bei dem Entwurf eines nationalen Aktionsplans zur Umsetzung der Leitprinzipien der Vereinten Nationen zu Wirtschaft und Menschenrechten unterstützt.



Polizeiausbilder bei einer Fortbildung, bei der im Rollenspiel tatsächliche Polizei-Fälle simuliert werden

Des Weiteren kommt der Polizei eine Schlüsselrolle zu, da sie grundsätzlich die erste Verteidigerin der Menschenrechte ist. Die Achtung der Menschenrechte in der Praxis muss deswegen bereits Gegenstand der Polizeigrundausbildung sein und es besteht fortlaufend der Bedarf, den Menschenrechtsschutz in Polizeioperationen zu überwachen und insofern die Menschenrechtskenntnisse der Polizeibeamten zu erhöhen. Aus diesem Grund unterstützt die HSS das Philippine Public Safety College bei der Einführung einer menschenrechtsachtenden, bürgernahen und praxisorientierten

Polizeigrundausbildung und die philippinische Polizei bei der Durchführung von Bildungsveranstaltungen für ihre Polizeibeamten zum Menschenrechtsschutz. Dabei greift die HSS auf die Erfahrungen und Leitbilder der bayerischen Polizei zurück. Des Weiteren wird ein regionaler Dialog der Polizeibehörden der ASEAN-Länder zum Thema unterstützt.

WIRKUNGEN

Durch die Vermittlung von Grundlagen konnte landesweit ein lokaler Dialog über Menschenrechtsverletzungen nachhaltig aufgebaut werden. Sogenannte Teams, bestehend aus Vertretern der Menschenrechtskommission, Polizei, Militär und NROs, intervenieren selbständig in ihren Regionen bei Menschenrechtsverletzungen und organisieren hierzu einen Dialog mit den Betroffenen, in dem der Konflikt gelöst oder zukünftig verhindert wird. Die Menschenrechtskommission hat die Durchführung dieser Dialogmaßnahmen mittlerweile institutionalisiert und somit die Verantwortung hierfür übernommen.

Für die Grundausbildung der philippinischen Polizei wurden mittlerweile die ersten 31 Ausbildungsmodule mit einer stärkeren und verbesserten Verbindung zwischen Theorie, Praxis und Persönlichkeitsbildung erstellt. Sie werden nun in der Ausbildung erprobt und somit angewandt. Die interne Diskussion über die Achtung der Menschenrechte im Polizeialltag hat innerhalb der letzten Jahre und vor allem auch der letzten Monate, spürbar an Bedeutung gewonnen. Das Vorgehen im Kampf gegen den Drogenhandel wird innerhalb der Polizei kontrovers diskutiert und beurteilt. Ein vergleichender Dialog der Polizeibehörden in Indonesien, Thailand und den Philippinen über die praxisnahe, menschenrechtsachtende Polizeiausbildung findet statt.

Die Menschenrechtssituation hat sich insofern in den letzten Jahren auf den Philippinen bereits verändert. Diesen Prozess gilt es nun, gerade unter den neuen Herausforderungen, weiter zu begleiten. ■

UNSERE PARTNER



Philippine Public Safety College



Philippine National Police



Alternative Law Groups



Commission on Human Rights

Weiterführende Informationen:

@ philippinen@hss.de
www.hss.de/philippinen



Mehr Factsheets finden Sie hier.

Impressum:

Hanns-Seidel-Stiftung e.V. | Lazarettstr. 33, 80636 München
Tel. 089/1258-0 | E-Mail: info@hss.de | Online: www.hss.de
Vorsitzende: Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.
Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf
Leiterin des IIZ: Dr. Susanne Luther (V.i.S.d.P.)
Leiter PRÖ / Publikationen: Hubertus Klingsbögl
Kontakt: iiz@hss.de | Stand: 01/2017